

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHES  
OBERVERWALTUNGSGERICHT

12.5.03  
Berufung  
nicht zugel.



Az.: 3 LA 62/03  
16 A 52/03

BESCHLUSS

In der Verwaltungsrechtssache

1. des Herrn [REDACTED]
  2. der Frau [REDACTED]
  3. des [REDACTED], ges. vertr. durch die Eltern [REDACTED]
  4. der [REDACTED], ges. vertr. durch die Eltern [REDACTED]
- [REDACTED]  
Staatsangehörigkeit: serbisch-montenegrinisch,

Kläger und  
Zulassungsantragsteller,

Proz.-Bev. zu 1-4: Rechtsanwalt Eisenmann,  
Karlstraße 8 a, 25524 Itzehoe

g e g e n

die Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge  
- Außenstelle Lübeck -,  
Vorwerker Straße 103, 23554 Lübeck, - 2789241 -138- -

Beklagte und  
Zulassungsantragsgegnerin,

beteiligt:

Der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten,  
Rothenburger Straße 29, 90513 Zirndorf, - 2789241 -138- -

Streitgegenstand: Widerruf von Asylanerkennungsbescheiden  
hier: Antrag auf Zulassung der Berufung

hat der 3. Senat des Schleswig-Holsteinischen Obergerichtswahlorgans in Schleswig am  
12. Mai 2003 beschlossen:

Der Antrag der Kläger auf Zulassung der Berufung gegen das  
Urteil des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungswahlorgans  
- 16. Kammer, Einzelrichter - vom 08.04.2003 wird abgelehnt.

Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) werden nicht erhohen.  
Die außergerichtlichen Kosten des Antragsverfahrens tragen die Kläger.

Der Gegenstandswert wird für das Antragsverfahren auf  
5.700,-- Euro  
festgesetzt.

#### Gründe:

Der Zulassungsantrag bleibt erfolglos, weil die Kläger die Voraussetzungen keines der  
von ihnen geltend gemachten Zulassungsgründe plausibel und hinreichend substantiiert  
dargelegt haben. Vielmehr haben sie die erstinstanzliche Entscheidung im Wesentlichen  
im Stile einer herkommlichen Berufungsbegründung angegriffen; dieses genügt den dies-  
bezüglichen Darlegungsanforderungen nicht.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 83 b Abs. 1 AsylVfG, § 154 Abs. 1 VwGO; die Fest-  
setzung des Gegenstandswertes folgt aus § 83 b Abs. 2 AsylVfG.

Das Urteil des Verwaltungswahlorgans ist rechtskräftig (§ 78 Abs. 5 Satz 2 AsylVfG).

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 80 AsylVfG).

Schmalz  
Präsident des OVG

Dr. Engelbrecht-Greve  
Richter am OVG

Dr. Alberts  
Richter am VG